

Bolivien: nach vier Jahren Stagnation, ein unruhiges Land

Goedeking, Ulrich

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Goedeking, U. (2001). *Bolivien: nach vier Jahren Stagnation, ein unruhiges Land*. (Brennpunkt Lateinamerika, 12). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-444768>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 12

30. Juni 2001

ISSN 1437-6148

Bolivien: Nach vier Jahren Stagnation, ein unruhiges Land

Ulrich Goedeking

Nicht einmal ein Jahr bleibt bis zu den Präsidentschaftswahlen im Juni 2002. Hugo Banzer, der seit 1997 regiert, hat sich als schwacher Präsident erwiesen, von dem keine Reformimpulse ausgehen. Zwei ehemalige Präsidenten, Gonzalo Sánchez de Lozada und Jaime Paz Zamora, gelten als aussichtsreichste Kandidaten. Währenddessen sorgen seit Anfang 2000 Blockaden, Demonstrationen und Märsche von Bauern nach La Paz immer wieder für politische Unruhe. Vor dem Hintergrund dieser sozialen Protestwellen gehen Parteien und Kandidaten für die Wahl 2002 in Stellung.

Wer durch Bolivien reisen möchte oder muss, ist schon seit Längerem gut beraten, sorgfältig die politische Entwicklung zu verfolgen. In diesen Tagen, im Juni 2001, ist es wieder so weit. Bauern blockieren Straßen auf dem *Altiplano* in der Nähe von La Paz. Auch in Cochabamba, der drittgrößten Stadt des Landes, und in der offiziellen Hauptstadt Sucre müssen Reisende jederzeit damit rechnen, zur Umkehr gezwungen zu werden. Militär- und Polizeieinheiten greifen immer wieder ein und räumen unter Inkaufnahme gewalttätiger Auseinandersetzungen einzelne Blockaden. Letztlich aber können sie kaum Erfolg haben. Kleine Gruppen von Bauern blockieren unerwartet an einer Stelle und ziehen sich wieder zurück, um dann andernorts ebenso überraschend wieder aufzutauchen.

Zerstrittene Gewerkschaft

Das Spektrum der Protestierenden ist unübersichtlich. Zunächst ist festzuhalten, dass es im Wesentlichen um Bauernproteste geht. Schon

lange hat die Bauerngewerkschaft CSUTCB (*Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia*) eine führende Rolle in der bolivianischen Gewerkschaftsbewegung übernommen. Die einstmals dominierenden Minenarbeiter haben ihre Macht verloren, seit im Zuge der Durchsetzung des neoliberalen Modells ab 1985 die meisten großen, staatlichen Minen geschlossen wurden.

Es kann allerdings keine Rede davon sein, dass die CSUTCB als machtvolle Gewerkschaft die Proteste organisieren und anführen würde. Die Protestbewegung ist zersplittert. Mehrere Bauernführer, die jeweils in einer bestimmten Region über eine Basis verfügen, streiten um die Vorherrschaft. Der gemeinsame Gewerkschaftsdachverband CSUTCB ist dabei zu einer Arena der Auseinandersetzung geworden, als eigenständiger Akteur ist er kaum noch wahrnehmbar. So verzeichnet die Geschichte der CSUTCB-Kongresse der letzten Jahre heftige Streitereien

der jeweiligen Lager, Manipulationsvorwürfe und Weigerungen, Wahlergebnisse anzuerkennen.

Konkurrierende Bauernführer

So unübersichtlich wie das Spektrum der verschiedenen Fraktionen ist das Konglomerat von Forderungen. Teilweise geht es um lokal oder regional begründete, spezifische Forderungen. So stand beispielsweise für die Cocabauern immer im Vordergrund, in ihrer Tätigkeit anerkannt und nicht länger kriminalisiert zu werden – mit allen Folgen, wie Militäraktionen mit zahlreichen, auch blutigen Übergriffen durch die Staatsmacht. Längst hat sich aber der Forderungskatalog erweitert: Nicht mehr und nicht weniger als die Rücknahme des gesamten Gesetzeswerkes, mit dem der neoliberale Umbau der bolivianischen Wirtschaft betrieben wurde, steht auf dem Programm. Das berühmt-berüchtigte Dekret 21060, mit dem immerhin schon vor über 15 Jahren die Politik unter neoliberalen Vorzeichen ihren Anfang nahm, soll ebenso verschwinden wie beispielsweise die unter Präsident Sánchez de Lozada ab 1993 eingeleitete „Kapitalisierung“, wie die bolivianische Variante der Teilprivatisierung staatlicher Unternehmen genannt wird.

Ethnische Unterschiede haben große Relevanz für die Bildung der unterschiedlichen Fraktionen. In der Region La Paz und auf dem *Altiplano* leben vor allem Aymaras, hier ist Felipe Quispe, genannt „El Mallku“, die profilierteste Führungspersönlichkeit. Quispe tritt mit einem ausgesprochen radikalen Diskurs an die Öffentlichkeit und beschwört die Identität der Aymara-Bauern in Abgrenzung zu den Weißen in der Stadt. Im Kampf um Macht spielt er sehr geschickt mit der Angst der weißen *paceños* vor einer möglichen Belagerung der Stadt durch die Aymara, schließlich liegt die größte Stadt Boliviens mitten im Aymara-Gebiet, und diese stellen auch innerhalb der Stadt die Bevölkerungsmehrheit. Historischer Bezugspunkt ist Tupac Katari, der Ende des 18. Jahrhunderts die Stadt belagerte. Seine Basis allerdings hat Quispe auf dem Land westlich von La Paz. Bei den städtischen Aymara kann sein so sehr auf die Bauern ausgerichteter Diskurs kaum ein nennenswertes Echo haben.

In der Region von Cochabamba und Chuquisaca im Zentrum des Landes leben im Wesentlichen Quechuas, und mit Alejo Véliz ist ein Quechua-Bauernführer an führender Stelle an den Protesten beteiligt. Mit dem „Mallku“ legte er sich erst kürzlich an. Nachdem Felipe Quispe am 1. Mai zum Vorsitzenden der CSUTCB gewählt worden war, warf Véliz ihm vor, im Geheimen mit der Regierungspartei MIR (*Movimiento de la*

Izquierda Revolucionaria) zu kungeln. Tatsächlich verwunderte es, dass Quispe bereits angekündigte Blockaden plötzlich verschob, um stattdessen weiter zu verhandeln.

In der Provinz Chapare schließlich, nordöstlich von Cochabamba, sind es Migranten aus dem Bergland, die dort im Cocaanbau ein Auskommen suchten. Auch der Führer der Cocabauerngewerkschaft, Evo Morales, gehört zum Kreis der „Großen“ in der Protestbewegung. Über lange Zeit in den 90er Jahren war ihm durch die Bedeutung des Cocaanbaus eine Führungsrolle zuge wachsen. Morales ist inzwischen Parlamentsabgeordneter, direkt gewählt im Chapare.

Eine offene Frage allerdings ist, wie seine soziale Basis in Zukunft aussehen wird. Unter dem Titel „*Opción Zero*“, Nulloption, ist die Strategie der Regierung zur Ausrottung der Cocapflanzungen im Chapare in Bolivien bekannt. Unlängst verkündete Banzer, das Programm sei erfolgreich abgeschlossen worden. Zwar gibt es mit Sicherheit nach wie vor Cocafelder, aber die Bedeutung bolivianischer Coca für die internationale Kokainproduktion hat tatsächlich drastisch abgenommen. Der Großteil der Cocapflanzen, aus denen das in den USA und Europa so beliebte weiße Pulver gewonnen wird, steht heute in Kolumbien, während bis vor wenigen Jahren Bolivien und Peru die wichtigsten Produzentenländer waren. Trotzdem muss damit die Machtbasis von Evo Morales nicht notwendigerweise zusammenbrechen, denn unter den Anhängern Morales dürfte die Zahl der ehemaligen Cocabauern zunehmen, die neue Interessen artikulieren.

Die Kampf um die führende Rolle in der Bauernbewegung tobt, gelegentliche taktische Bündnisse sind nicht unbedingt von langer Dauer, mal werden Aktionen leidlich koordiniert, dann wieder steht eigene Profilierung im Vordergrund. Dabei scheint den Bauernführern interne demokratische Legitimation durch die Basis verzichtbar. In aller Regel sichern sie autoritär und paternalistisch ihre persönliche Macht, kleine *Caudillos*, die in dieser Hinsicht den verhassten Politikern von La Paz in nichts nachstehen.

Der „Krieg um das Wasser“

Jenseits der Bauernproteste muss von einer Protestbewegung die Rede sein, die im Jahr 2000 für großes Aufsehen sorgte: der „Krieg um das Wasser“ in Cochabamba. Die Aussicht auf einen erheblichen Anstieg der Wasserpreise durch die – auch von der Weltbank empfohlene – Privatisierung der Wasserversorgung von Cochabamba, sorgte für einen regelrechten Volksaufstand quer durch die politischen Lager und sozialen Schich-

ten. Der wochenlange Protest mit diversen Blockaden, Streiks und gewalttätigen Auseinandersetzungen hatte letztendlich im April 2000 Erfolg: Das am Kauf interessierte Konsortium „*Aguas del Tunari*“ unter Führung der britischen „*International Waters*“ zog sich zurück.

Bezeichnend ist, dass es in Cochabamba nicht die traditionellen, etablierten politischen Akteure waren, die den Protest wesentlich trugen. Verschiedene soziale Organisationen, sozusagen aus der Zivilgesellschaft heraus, hatten die „*Coordinadora del Agua*“ gebildet, die eine zentrale Rolle in dem Konflikt einnehmen sollte. Mögliche Verhandlungen verzögerten sich dadurch, dass die Regierung lange die *Coordinadora* nicht als Verhandlungspartner akzeptieren wollte. Die *Coordinadora* genoss in dieser Zeit außerordentlich großen öffentlichen Zuspruch, an ihrer Legitimität war somit nicht zu zweifeln. Auch sie stellt ein Beispiel dafür dar, wie sich das Spektrum der politischen Akteure in Bolivien verkompliziert, weg von den zentralisierten gewerkschaftlichen Strukturen der Vergangenheit und den klaren Frontstellungen, hin zu einer Vielfalt politischer Artikulationsformen, oft nur mit lokaler oder regionaler Reichweite.

Konzeptionsloses Lavieren

Die Regierung Banzer laviert zwischen Verhandlungen und Repression. Im „Krieg um das Wasser“ hat auch der Ausnahmezustand nicht verhindern können, dass sich die Protestierenden letztlich durchgesetzt haben. Einerseits ist es schon zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen, andererseits sendet die Regierung immer wieder auch Kompromiss-signale aus. So nahm sie beispielsweise jüngst die viel diskutierte Übertragung der Verantwortung für Bildungs- und Gesundheitswesen an die Kommunen zurück. Die Kommunen sollten, mit finanzieller Unterstützung durch so genannte HIPC II (*Highly Indebted Poor Countries*) -Mittel aus der Schuldenreduzierung mit dem Ziel der Armutsbekämpfung, in Zukunft allein für den Unterhalt der Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur zuständig sein. Über die Modalitäten kam es zu heftigem politischen Streit – es folgte der Rückzieher Banzers.

Weit verbreitete Unzufriedenheit

Soziale Proteste sind nichts grundsätzlich Neues in Bolivien, aber deren Ausmaß und ihre Charakteristika in den letzten Jahren sind Indizien für politische Veränderungen. Die Bolivianer sind in ihrer großen Mehrheit unzufrieden mit Präsident Hugo Banzer und seiner Koalitionsregierung aus

Banzers eigener ADN (*Acción Democrática Nacionalista*), dem MIR von Jaime Paz Zamora und der UCS (*Unidad Cívica Solidaridad*), einer Partei, die kaum mehr als die Funktion des Mehrheitsbeschaffers hatte und hat. Dabei handelt es sich nicht nur um die ritualisierte Unzufriedenheit, mit der fast jede Regierung nach einigen Jahren an der Macht rechnen muss, wenn nicht alle Träume erfüllt, nicht alle Versprechungen eingehalten worden sind. Ein Blick auf die politische Entwicklung der letzten acht Jahre verdeutlicht den Veränderungsprozess.

Von 1993 bis 1997 hatten die ambitionierten Reformprojekte von Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada und seiner Regierung mit ihrer Kombination aus neoliberal inspirierter Wirtschaftspolitik und gesellschaftlicher wie politischer Demokratisierung auch auf internationaler Ebene für Aufsehen gesorgt. Die Regierungskoalition wurde seinerzeit von der alten Revolutionspartei MNR (*Movimiento Nacionalista Revolucionario*), dem kleinen, links-sozialdemokratischen MBL (*Movimiento Bolivia Libre*) und der UCS gestellt. Auch wenn die dabei ergriffenen politischen Maßnahmen im Zuge von Bildungsreform, Dezentralisierung und Kapitalisierung Schwächen aufwiesen, auch wenn dadurch das Armutsproblem in Bolivien keineswegs kurzfristig gelöst werden konnte, festzuhalten ist in jedem Fall: Es herrschte Aufbruchstimmung, und viele Bolivianer hatten den – keineswegs selbstverständlichen – Eindruck, in ihrem Land könne sich durch sinnvolles Regierungshandeln tatsächlich etwas ändern.

Hugo Banzer wurde 1997 gewählt, weil er als einziger Kandidat Aussicht auf Erfolg bei der Suche nach einer regierungsfähigen Mehrheit hatte. Die Bolivianer wählten pragmatisch: Keine Experimente, Hauptsache Stabilität, und Banzer stand mit seiner ADN dafür, mehr oder weniger unspektakulär das neoliberale Modell in Bolivien zu verwalten. Die Vergangenheit des Präsidenten als Militärdiktator von 1971 bis 1978 mit seiner Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen interessierte nur eine Minderheit.

Nur, ganz so unspektakulär hatten es die Wähler und Wählerinnen wohl nicht erwartet. Die Regierung Banzer vermittelte von Amtsantritt an den Eindruck, weder stringente politische Konzepte noch überhaupt die Absicht zu haben, Politik in Bolivien tatsächlich zu gestalten. Banzer persönlich kam es offensichtlich nur darauf an, als vom Volk gewählter Präsident in die Geschichte Boliviens einzugehen und den Makel des früheren Diktators endlich loszuwerden. In der Regierungskoalition indessen wurden *cuotas*

de poder aufgeteilt, die „Machtquoten“, also die jedem zustehenden Anteile an Posten, Pöstchen und Ressourcen. An die Stelle politischer Programmatik trat von Anfang an dröhnende „Dialogbereitschaft“ mit Opposition und gesellschaftlichen Akteuren. Banzer rief einen „nationalen Dialog“ ins Leben, in dessen Rahmen alle mit allen und über alles Mögliche reden durften – nur was die Regierung und ob sie überhaupt etwas vorhatte, blieb immer im Unklaren. Währenddessen nimmt die allgegenwärtige Korruption selbst für bolivianische Verhältnisse außergewöhnliche Ausmaße an. Auf dem Korruptionsindex von *Transparency International* vom 27.6.2001 ist Bolivien im Vergleich zum Jahr 2000 noch einmal abgerutscht von Platz 71 auf Platz 84 von insgesamt 91 vertretenen Staaten. Innerhalb Lateinamerikas trägt Bolivien in Sachen Korruption damit die rote Laterne.

In der ohnehin nicht gerade kraftvollen bolivianischen Wirtschaft kriselt es, und wieder einmal müssen die Bolivianer den Eindruck haben, dass sich das Land und die Art und Weise, wie in ihm Politik betrieben wird, wohl nie wirklich ändern werden. Es sind diese Stagnation und Frustration, das völlige Fehlen einer politischen Dynamik, die es noch unter Sánchez de Lozada gegeben hatte, welche die weit verbreitete Unzufriedenheit wesentlich mit ausgelöst haben.

Zwei aussichtsreiche Kandidaten

Wenn es nur der Wunsch nach einer Neuauflage der Regierung Sánchez de Lozada wäre, hätten es die Bolivianer im kommenden Jahr leicht. Der frühere Präsident tritt wieder an. Er wird es allerdings nicht leicht haben, denn es zeichnet sich ein Duell mit Jaime Paz Zamora ab, der schon von 1989 bis 1993 Präsident Boliviens war.

Die im Moment wichtigste Regierungspartei ADN bleibt dabei außen vor. Ohnehin muss sie angesichts der überbordenden Kritik an ihrer Regierungsleistung mit Stimmenverlusten rechnen. Zudem ist die ADN zum Generationswechsel gezwungen. Ihre historische Integrationsfigur Hugo Banzer scheidet altersbedingt aus, und der designierte Spitzenkandidat und amtierende Vizepräsident Jorge „Tuto“ Quiroga wird sich entweder in der Opposition oder als Juniorpartner einer nächsten Regierung erst einmal darum kümmern müssen, seine Autorität in der Partei zu sichern. Quiroga, gerade einmal 41 Jahre alt, ist einer der alerten Technokraten, die mit der Dominanz des neoliberalen Modells in die Politik gespült wurden. Er wird sich nicht automatisch darauf verlassen können, von den tief konservati-

ven Unternehmerkreisen, für die ADN immer stand, vorbehaltlos unterstützt zu werden.

Der Volkstribun: Jaime Paz Zamora

Jaime Paz Zamora hat auf den Schritt zurück ins Präsidentschaftsrennen lange warten müssen. Der unbestrittene „historische Führer“ und *Caudillo* des MIR stand einmal politisch in der Tradition der revolutionären Linken der 70er Jahre. Im Widerstand gegen die damalige Diktatur Hugo Banzers hatte Paz Zamora 1971 den MIR gegründet, der nach einer kurzen Phase im Untergrund auf den bewaffneten Kampf verzichtete, um sich auf die politische Auseinandersetzung zu konzentrieren.

Nach 1985 vollzog Paz Zamora die politische Wende hin zur grundsätzlichen Akzeptanz des neoliberalen Wirtschaftsmodells. Der MIR unter Jaime Paz Zamora wurde zusammen mit MNR und ADN eine der drei großen Parteien, die für Stabilität und Kontinuität standen. 1989 schließlich schaffte er den großen Schritt: In einer knappen Entscheidung zwar nur auf dem dritten Platz gelandet, ging er das viel kritisierte Bündnis mit dem einstigen Erzfeind Banzer ein und ließ sich mit den Stimmen von MIR und ADN im Parlament zum Präsidenten wählen. Das in Lateinamerika ungewöhnliche bolivianische Wahlrecht machte es möglich. Es gibt keine Stichwahl zwischen den beiden führenden Kandidaten, sondern Koalitionsverhandlungen im Parlament sind – ähnlich wie in der Bundesrepublik – entscheidend für die Regierungsbildung und eben auch für die Besetzung der Präsidentschaft.

Die von ihm geführte Regierung musste 1993 unter einer Welle von Korruptionsvorwürfen abtreten. Nicht nur Anhänger der damaligen Opposition warfen der Koalition aus MIR und ADN vor, in kaum gekanntem Ausmaß die eigenen Parteigänger mit Privilegien, Posten und Pöstchen bedient zu haben.

Für Paz Zamora persönlich aber wurde der Skandal um seine angeblichen *narcovínculos* zum Verhängnis, der Vorwurf, er habe Kontakte zu den Großen des Drogengeschäftes in Bolivien gepflegt, und dabei sei auch Geld geflossen. Sein enger Vertrauter, Oscar Eid, verbrachte wegen der *narcovínculos* in der Folgezeit mehrere Jahre im Gefängnis. Beiden – und dazu der Schwester Paz Zamoras – entzogen die USA ihre Visa, eine für einen lateinamerikanischen Spitzenpolitiker durchaus problematische Reisebeschränkung. Inzwischen allerdings ist die politische Quarantäne aufgehoben, erst kürzlich erhielt Jaime Paz Zamora wieder ein Visum für die USA.

War noch 1989 eine Präsidentschaft des früheren Diktators Banzer politisch nicht vermittelbar – und damit der Weg für Jaime Paz frei – stellte sich 1997 die Situation umgekehrt dar. Die Neuauflage des Bündnisses von ADN und MIR war absehbar, da der MNR wegen interner Probleme, auf die noch einzugehen sein wird, kaum eine Chance auf die Regierungsbildung hatte. Diesmal war Banzer an der Reihe, während Jaime Paz wegen seines Problems mit den USA für ein Spitzenamt nicht in Frage kam. Folgerichtig nahmen andere MIR-Politiker die Regierungsämter ein, und Jaime Paz blieb als graue Eminenz der Partei im Hintergrund.

Dies änderte allerdings nichts an der Tatsache, dass Jaime Paz der nicht in Frage zu stellende Chef der Partei war und blieb. Vergleichbar der peruanischen APRA mit Alan García, der auch gerade aus dem politischen Nichts wieder kometenhaft aufgestiegen ist, hängt der MIR von der Persönlichkeit seines Parteiführers Jaime Paz Zamora ab. Wie Alan García verfügt Paz Zamora über Charisma und über die Fähigkeit, als sehr guter Redner direkt mit seinen Anhängern zu kommunizieren. Paz Zamora fällt die Rolle des Volkstribuns zu, der sich als Kandidat der kleinen Leute profilieren kann.

Politische Programmatik steht dabei im Hintergrund. Zum einen verfügt der MIR über eine Anhängerschaft, die der Partei durch klientelistische Beziehungen verbunden ist. Dahinter steht die Erwartung, im Austausch für die Unterstützung einer Partei im Wahlkampf nach einem Wahlsieg mit einem Pöstchen belohnt zu werden und für vier Jahre die Gelegenheit zu haben, sich für die lange Zeit der Entbehrungen schadlos zu halten. Insofern ist der MIR eine zutiefst traditionelle bolivianische Partei.

Außerdem steigen die Wahlchancen Paz Zamoras durch den jedenfalls bis jetzt recht erfolgreichen Antritt eines politischen Erbes: *Conciencia de Patria* (CONDEPA) ist klinisch tot und hinterlässt eine verwaiste Wählerschaft. Über zehn Jahre lang, seit 1987, war der Radio- und Fernsehmoderator Carlos Palenque mit seiner Partei zum Schrecken der Etablierten geworden. Er gab in seinen Medien den Aymaras, die in La Paz und Umgebung die Bevölkerungsmehrheit stellen, die Gelegenheit, ihre Anliegen öffentlich zu äußern, inszenierte sich selbst dabei paternalistisch als gütiger Übervater und Heilsbringer und hatte politischen Erfolg. Über Jahre regierte CONDEPA La Paz und vor allem die Schwesterstadt El Alto, die fast ausschließlich von Aymaras bewohnt wird. Auf nationaler Ebene reichte es zu Stimmenanteilen um 14 Prozent.

Palenque starb im März 1997 an einem Herzinfarkt. Kurz darauf sorgte der Kondolenzeffekt noch einmal für ein gutes Wahlergebnis, aber die Partei hat den Tod des *Caudillos* nicht lange überlebt. Weder seine langjährige Mitarbeiterin, die Aymara Remedios Loza, noch seine Witwe Mónica Medina oder Verónica Palenque, seine Tochter aus erster Ehe, haben im Dauerstreit miteinander vermocht, die Partei hinter sich zu scharen. Mit Spannung wurde erwartet, wer sich bei den Kommunalwahlen 1999 in der CONDEPA-Hochburg El Alto durchsetzt: Es war der MIR. Viel spricht dafür, dass die vergleichsweise „volksnahe“ Ausstrahlung Jaime Paz Zamoras dafür gesorgt hat, dass MNR und ADN dieses Rennen verloren haben.

Der liberale Großbürger: Gonzalo Sánchez de Lozada

Gonzalo Sánchez de Lozada möchte es noch einmal wissen. Wie kein anderer hat er seit 1985 die bolivianische Politik geprägt bis hin zu seiner Präsidentschaft von 1993 bis 1997, in der die bereits erwähnten Reformen eingeleitet wurden. Der wohlhabende Minenunternehmer war schon 1985 während der letzten Präsidentschaft des alten Revolutionshelden Víctor Paz Estenssoro als Planungsminister der eigentliche Architekt der Neustrukturierung nach neoliberalen Muster. Für großen Beifall sorgte seinerzeit der Sieg über die Hyperinflation und damit die Stabilisierung der Wirtschaft. Begleitet war diese allerdings von einer Schließungswelle der staatlichen Minen, einst das Rückgrat der bolivianischen Wirtschaft.

Sánchez de Lozada übernahm 1989 nach dem Ende der Regierung Paz Estenssoro die Führung des MNR, wohl mit kräftiger Unterstützung des greisen, jüngst im Juni 2001 verstorbenen Parteipatriarchen. Einerseits war Sánchez de Lozada damit Vorsitzender der größten etablierten Partei Boliviens und verfügte über beste Voraussetzungen, eine aussichtsreiche Präsidentschaftskandidatur zu lancieren. Andererseits war in dieser Entscheidung ein Problem angelegt, das ihn bis heute im Verhältnis zu seiner eigenen Partei begleitet und belastet: Der MNR ist, was den Parteiapparat angeht, eine zutiefst traditionelle, klientelistisch organisierte Partei. Gonzalo Sánchez de Lozada dagegen, in den USA aufgewachsen und aus „besten Familie“, steht für eine weltgewandte, großbürgerliche Liberalität, die mit dem Mief des Parteifunktionärstums kollidieren musste.

Ab 1993, während der Präsidentschaft Sánchez de Lozadas, wurde der Konflikt offenkundig. Der frisch gewählte Präsident berief eine

ganze Reihe von Ministern und Beratern ohne MNR-Stallgeruch. Mit Víctor Hugo Cárdenas wurde ein Aymara Vizepräsident – für so manchen Parteifürsten eine Zumutung. Auch auf der mittleren Ebene in den Ministerien nahmen plötzlich Expertinnen und Experten wichtige Positionen ein, die mangels parteipolitischer Anbindung wohl nie damit gerechnet hatten, einmal in einem Ministerium zu arbeiten. In Bolivien herrschte Aufbruchstimmung – nur die größte Regierungspartei, der MNR, stand abseits. Vor allem die Dezentralisierungsbemühungen mit ihrem Kernstück, der so genannten *participación popular*, mussten den Parteifürsten ein Dorn im Auge sein, beruhte die Effizienz ihrer klientelistischen Netzwerke doch gerade darauf, über den zentralisierten Zugriff auf die staatlichen Ressourcen zu verfügen.

Quer zu Parteizugehörigkeiten zeigten sich in diesen Jahren politische Lager, die auch für die zukünftige Politik in Bolivien wieder wichtig werden könnten: Auf der einen Seite die konservativen, etablierten Parteiapparate, die jede Reform nur als potenzielle Bedrohung wahrnehmen können. Auf der anderen Seite stand ein nur auf den ersten Blick eigenartiges Bündnis: International erfahrene, gesellschaftspolitisch liberal eingestellte Unternehmer aus den höchsten Kreisen der bolivianischen Gesellschaft, dazu ein Großteil des NGO-Spektrums und der linksliberalen Intellektuellen, politisch meist dem MBL nahe stehend, und obendrein noch mit Víctor Hugo Cárdenas ein Aymara-Intellektueller, der für ein Aufbrechen der ethnischen Hierarchien in der Gesellschaft stand, für die Respektierung ethnischer Differenz bei gleichzeitiger Integration in die Gesellschaft. Ob sich dieses Lager noch einmal in politisch organisierter Form als Regierungsoption zusammenfinden kann, steht allerdings in den Sternen.

Koalitionsmöglichkeiten

Weder Sánchez de Lozada noch Paz Zamora werden nach dem jetzigen Stand der Dinge in der Lage sein, eine absolute Mehrheit zu erreichen. Eine Fortsetzung des Bündnisses von ADN und MIR, diesmal wieder unter MIR-Führung, wäre denkbar. Gleichmaßen scheint aber auch ein Bündnis Sánchez de Lozadas mit der ADN gut vorstellbar, stünde doch nach dem Abgang Banzers mit „Tuto“ Quiroga ein pragmatischer Technokrat als Verhandlungspartner bereit, mit dem Gonzalo Sánchez de Lozada wohl eine gemeinsame Ebene finden könnte.

Für aussagekräftige Prognosen ist es zu früh, aber es lohnt sich ein Blick auf die weiteren Kan-

didaten und Parteien, die potenziell mit ins Rennen gehen werden. Dabei geht es nicht nur um Koalitionsarithmetik. Das sich abzeichnende Spektrum der Kandidaturen lässt auch Schlüsse über die Art und Weise zu, wie in Bolivien in näherer Zukunft Politik betrieben werden wird. Neben den Parteien und ihren Kandidaten stehen die so genannten „Unabhängigen“, die sich – jedenfalls diskursiv – deutlich von der etablierten politischen Szenerie abzugrenzen versuchen.

Die potenziellen unabhängigen Kandidaten

Nicht nur in Bolivien herrscht weit verbreitete Unzufriedenheit mit dem etablierten Parteiensystem, das als verfilzt, korrupt und ineffizient wahrgenommen wird – und dies in aller Regel nicht zu Unrecht. Damit entsteht politischer Raum für Kandidaten, die sich weniger durch spezifische politische Programme profilieren, sondern durch Gegnerschaft zu den etablierten Parteien insgesamt. Gegen „die Politiker“ als solche wird ein Diskurs gesetzt von Effizienz, von Großreinemachen gegen die Korruption, von Unabhängigkeit und Expertentum.

Im lateinamerikanischen Vergleich seien nur die Fälle Perus und Venezuelas genannt. Weder die langjährige Präsidentschaft Alberto Fujimoris in den 90er Jahren in Peru noch der Sieg von Hugo Chávez in Venezuela sind erklärbar ohne den Verweis auf solche „Anti-System-Diskurse“. Gleichzeitig machen diese beiden Fälle die große, darin liegende Gefahr deutlich: Wo die Parteien, wo demokratisch legitimierte Institutionen insgesamt als korrupt und abgewirtschaftet denunziert werden – ob zu Unrecht oder nicht – öffnet sich potenziell Raum für autoritäre Herrschaft. Im Falle Perus sind die katastrophalen Folgen inzwischen offensichtlich, und auch in Venezuela besteht kein Zweifel daran, wie wenig Präsident Hugo Chávez von umständlichen und ungeliebten parlamentarisch-demokratischen Prozeduren hält.

Das Etikett „Anti-System“ steht dabei aber nicht für eine Abgrenzung vom System der parlamentarischen Demokratie an sich. In unabhängigen Kandidaturen, die sich gerade an der Frage von Parteienfilz und Klientelismus von den Etablierten absetzen, kann eine Chance zur Reform liegen. Der Druck auf die etablierten Parteien kann steigen, auch interne Reformen voranzutreiben. Ein Grundproblem liegt darin, dass es entscheidend auf die Person eines solchen unabhängigen Kandidaten ankommt, auf dessen Bereitschaft, demokratische Regeln zu akzeptieren.

Die Kandidatur René Blattmanns wird mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Unter Gonzalo Sánchez de Lozada war er Justizminister. Schon

damals firmierte er als Unabhängiger, der vom Präsidenten persönlich ins Kabinett geholt wurde. Mit seinen Justizreformen verschaffte sich Blattmann weithin großen Respekt. Eigentlich sollte er auf Sánchez de Lozadas Wunsch hin 1997 für den MNR antreten, da der Präsident aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht direkt wieder für eine zweite Amtszeit antreten durfte. Speziell für diese Kandidatur wurde Blattmann Mitglied des MNR. Die Partei allerdings dankte ihm diesen Schritt nicht. Nur zwei Wochen nach der Bekanntgabe seiner Kandidatur zog er diese wieder zurück. Alles deutet indes darauf hin, dass Blattmann seinerzeit aus dem Parteiapparat des MNR „abgeschossen“ worden ist. Die Granden des Parteiapparates waren immer unzufrieden gewesen mit ihrem Vorsitzenden Sánchez de Lozada, hatte sich dieser doch geweigert, ihnen in dem gewünschten Ausmaß in klientelistischer Manier einflussreiche Positionen zuzuschancen. Mit der Kandidatur Blattmanns kam die Stunde der indirekten Rache an Sánchez de Lozada. Kandidat wurde mit Juan Carlos Durán ein Vertreter des Parteiapparates, und damit stand das Lager Sánchez de Lozadas 1997 faktisch gar nicht mehr zur Wahl.

Eine weitere interessante Persönlichkeit im Feld der Unabhängigen ist Juan del Granado, der amtierende Bürgermeister von La Paz. Del Granado gehört zu den Gründern des MIR und schloss sich bei der Spaltung 1986 dem MBL unter Antonio Aranibar an. Während der Regierungszeit Sánchez de Lozadas, als der MBL in der Koalition mitregierte, erwarb sich Del Granado als Vorsitzender der Kommission für Menschenrechte im Parlament einen guten Ruf. 1997 gewann er als *Juan sin miedo*, „Juan ohne Angst“, einen Wahlkreis in La Paz und trat daraufhin 1999 mit seinem neu gegründeten *„Movimiento sin Miedo“* erfolgreich bei der Kommunalwahl an.

Eigentlich ist Juan del Granado mit seiner Geschichte in MIR und MBL ein altgedienter Parteipolitiker. Für seinen Abgang aus dem MBL dürften zwei Gründe maßgeblich gewesen sein. Zum einen war er nie ein großer Freund der Koalition mit dem MNR. Trotz aller Reformen, die der MBL in den Jahren seiner Regierungsbeteiligung mit prägen konnte, blieb bei Del Granado die Skepsis gegenüber dem Bündnis mit dem Architekten des Neoliberalismus in Bolivien. Damit befand er sich im MBL gegenüber den beiden anderen wichtigen MBL-Spitzen, Antonio Aranibar und Miguel Urioste, in einer Minderheitsposition. Zum zweiten stellt sich die Frage der persönlichen Ambitionen. Nach der Nieder-

lage des MBL bei der Wahl 1997 stellte sich zwangsläufig die Frage, entweder mit der Partei einen neuen Anlauf zu unternehmen, oder auf eigene Faust eine politische Zukunft zu suchen. Die erstgenannte Option brachte das Problem der Konkurrenz mit Aranibar und Urioste mit sich, und so wählte del Granado das Risiko eines eigenen Versuches – bislang mit Erfolg.

Auch Manfred Reyes Villa, der langjährige Bürgermeister von Cochabamba, wird mit von der Partie sein. Er allerdings ist mit seinem Unterstützungsbündnis NFR (*Nueva Fuerza Republicana*) bereits etabliert, gehörte zeitweise mit zum Regierungsbündnis um Hugo Banzer und wird in jedem Falle ein interessanter Partner sein, wenn es darum geht, eine parlamentarische Mehrheit zu sichern. Mit Juan del Granado hat er gemeinsam, dass seine Stärke vor allem auf der Popularität in einer Region beruht. Nicht zufällig sind beide Bürgermeister von Großstädten. Das Bild wird vervollständigt von Johnny Fernández, der als Bürgermeister von Santa Cruz de la Sierra im östlichen Tiefland Boliviens, der zweitgrößten und wirtschaftlich inzwischen wichtigsten Stadt des Landes, nicht als Unabhängiger, sondern für die von seinem Vater gegründete UCS ins Rennen gehen wird. Auch hier zeigt sich eine Relativierungstendenz der fest gefügten, zentralistischen Strukturen zugunsten regionaler Besonderheiten.

Autoritäre Herrschaft oder Raum für Reformen?

Die unabhängigen Kandidaten stellen in gewisser Weise die Fortsetzung eines Wandlungsprozesses in der politischen Elite Boliviens dar, der schon seit 1985 im Gange ist. Schon Víctor Paz Estenssoro holte ab 1985 profilierte parteipolitisch Unabhängige in seine Regierung, so zum Beispiel die ehemaligen Präsidenten des Unternehmerverbandes Fernando Illanes und Fernando Romero. Paz Estenssoro allerdings kümmerte sich gleichzeitig darum, auch den MNR-Parteiapparat gebührend zu berücksichtigen. Sánchez de Lozada, ebenfalls schon unter Paz Estenssoro Minister und Architekt der neoliberalen Umgestaltung, ging, wie bereits beschrieben, einen Schritt weiter und baute auf Unabhängige wie beispielsweise René Blattmann, ohne die Partei wirklich einzubeziehen. Der Diskurs vom „unabhängigen Expertentum“, das in Abgrenzung vom Typus des altgedienten Parteifunktionärs in die Politik einbezogen werden müsse, ist, so gesehen, nicht neu. Die Geschichte der Reformen unter der Regierung Sánchez de Lozada belegt eindrücklich, wie viel politischer Raum für demokratisierende

Reformen, die lange als undenkbar galten, geschaffen wurde, gerade weil der in klientelistischem Denken erstarrte, konservative MNR-Parteipararat das Heft nicht in der Hand hatte.

Gleichzeitig werden aber auch die Schwächen dieser auf den ersten Blick so charmanten Konstellation deutlich. Die Unabhängigen sind ohne Verankerung in einer Parteiorganisation und ohne Hausmacht leicht genauso schnell wieder verschwunden, wie sie kamen. Sie hängen von der Gunst und von der Macht eines starken Mannes ab, in diesem Fall Sánchez de Lozada. Wenn solche Unabhängigen jetzt nicht mehr wie unter Sánchez de Lozada auf dem Ticket einer Partei mit der Rückendeckung des Präsidenten in die Politik, sondern mit eigens gegründeten Wahlbündnissen selbst kandidieren sollten, dann reproduzieren sie ein klassisches und potenziell sehr instabiles Muster politischer Organisation. Eine Bewegung, ein Bündnis – oder wie immer es sich nennt – gruppiert sich um einen profilierten Kandidaten, von dessen persönlichem Erfolg alles abhängt. Im Falle eines Wahlsieges muss dieser ein mit großer Wahrscheinlichkeit sehr heterogenes Spektrum von Unterstützern zusammenhalten. Ohne eine tendenziell autoritäre, auf die Macht der eigenen Person vertrauende Form der Herrschaft ist dies nur schwer vorstellbar. Im Falle einer Niederlage dagegen spricht alles dafür, dass sich die Anhänger sofort eine neue politische Heimat suchen, einen neuen Kandidaten, mit dem sich ein Karriereversuch lohnen könnte.

Knapp ein Jahr bleibt, in dem noch vor der Wahl Bündnisse vorbereitet, Posten angeboten

und Skandale produziert werden können. Vor allem bei den unabhängigen Kandidaturen wird sich erst noch zeigen müssen, wer tatsächlich selber im Rennen um die Präsidentschaft antritt, oder ob der eine oder andere sich vorher noch einem der politischen Lager anschließt.

Möglicherweise wird der schon jetzt anlaufende Wahlkampf 2002 allerdings weniger durch die Auseinandersetzung zwischen den Parteien und Kandidaten, sondern durch weitere Wellen von Protesten vor allem von Seiten der Bauern geprägt sein. Bislang hat niemand ein schlüssiges Konzept vorgelegt, wie mit deren Forderungen umgegangen werden soll. Angesichts der Maximalforderungen, die sowohl der „Mallku“ als auch Evo Morales zumindest rhetorisch in den Vordergrund stellen, ist dies keine leichte Aufgabe. Letztlich zeigen die Proteste vor allem, wie wenig die bolivianische Politik, unabhängig von Parteizugehörigkeit, es bislang geschafft hat, der bäuerlichen Bevölkerung gerecht zu werden, weder was die ökonomische noch was die ethnische Dimension der Probleme angeht. Wer auch immer ab 2002 Bolivien regiert, wird sich damit auseinandersetzen müssen.

Autorennotiz: Ulrich Goedeking, Soziologe, Dr. phil., derzeit freiberuflich in Berlin tätig. Feldforschungen in Bolivien zu Eliten in der bolivianischen Politik. Veröffentlichungen zu politischer Aktualität und politischer Kultur in Peru und Bolivien.

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Andreas Steinhilber; Textverarbeitung: Jens Urban

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. Einzelausgaben kosten DM 6,00 (für Studierende DM 4,00). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rz.uni-hamburg.de/IIK>